

Umwelt & Verkehr

Fakten und Positionen

Thema

Rekommunalisierung Was bedeutet das für die Beschäftigten in Österreich und Deutschland?

Inhalt

Privatisierungen aus Sicht der ArbeitnehmerInnen	2
Die Rolle der ArbeitnehmerInnenvertretungen in der Rekommunalisierungsdebatte	2
Auswirkungen von Rekommunalisierungen auf die Beschäftigten: Fallbeispiele	3
Befürchtungen von Gewerkschaften im Energiesektor	5
Fazit	7

EDITORIAL

In unserer aktuellen Ausgabe gehen wir der Frage nach, was die **Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen** für die ArbeitnehmerInnen bedeutet. Rekommunalisierung bezeichnet die **Rückführung von privatisierten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand**. Der Grund dafür: Erwartungen an die Leistungserbringung seitens der Privaten wurden oftmals nicht eingelöst. Im Gegenteil: Sie führten in vielen Bereichen zu erhöhten Preisen für BürgerInnen, geringen Investitionen in die Infrastruktur, massivem Abbau von Arbeitsplätzen sowie Kontrollverlusten für Städte und Gemeinden.

Im Zuge eines weltweiten **Forschungsprojekts** des Transnational Institutes (TNI) wurden **835 Beispiele für die Rekommunalisierung in 1.600 Städten in 45 Ländern** gesammelt. Es zeigt sich ein klares Bild: Dieser generelle Trend vollzieht sich in kleinen Ortschaften ebenso wie in Hauptstädten überall auf der Welt.

Laurentius Terzic hat sich als Forschungsassistent der AK Wien angeschaut, was Rekommunalisierung für die **ArbeitnehmerInnen in Deutschland und Österreich** bedeutet. In einem Großteil der dokumentierten Fälle führte die Rekommunalisierung zu **spürbaren Verbesserungen** für die **Beschäftigten**. Besonders häufig sind Verbesserungen in jenen Branchen, wo ArbeitnehmerInnen mit niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und befristeten Verträgen zu kämpfen haben.

Die Redaktion

Wollen Sie **Umwelt & Verkehr - Fakten und Positionen** regelmäßig per E-Mail beziehen oder als PDF downloaden, gehen Sie zu: <http://wien.arbeiterkammer.at/uv-fakten>



WIEN